„Die Kunden bekommen ihr Geld“

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamts, über die hohen Wasserpreise in Berlin, billige Tankstellen und neue Regeln für Zeitungsverlage

Herr Mundt, in zwei Wochen ist Ostern. Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass der Sprit dann wieder teurer wird. Warum können Sie nichts dagegen tun?

Die Mineralölfirmen haben ein System gefunden, mit dem sie gefahrlos Preiserhöhungen durchsetzen können. Aral oder Shell – einer von den beiden fängt an, und alle anderen Wettbewerber folgen innerhalb von 180 Minuten.

Und Sie schauen zu?

Wir haben keine Hinweise auf illegale Absprachen. Die Unternehmen nutzen ihre Marktmacht geschickt aus. Sie beobachten einfach die Preise und ziehen nach. Jede Konzernzentrale weiß, was der Sprit an jeder Tankstelle kostet. Diese Transparenz nutzen die Mineralölfirmen für Preiserhöhungen. Das ist unerfreulich und ein Ergebnis mangelnden Wettbewerbs, aber kein verbotenes Verhalten.

Künftig sollen auch die Verbraucher zeitnah erfahren, wo sie am billigsten tanken.

Ja, wir schaffen jetzt dieselbe Transparenz über die Preise für die Kunden.

Dafür gibt es doch schon heute Apps und Internetportale.

Und die leisten auch wirklich einen wertvollen Beitrag. Aber die neue Markttransparenzstelle, die wir beim Bundeskartellamt aufbauen, wird viel mehr Daten in kürzerer Zeit liefern.

Wie soll das gehen?

Die Mineralölunternehmen müssen uns alle Preisänderungen innerhalb von fünf Minuten melden. Wir sammeln das und geben die Daten an Verbraucherinformationsdienste weiter. Diese verbreiten die Infos dann etwa über Apps weiter oder speisen sie direkt in die Navigationssysteme ein.

Und das sorgt für niedrige Spritpreise?

Die Verbraucher werden künftig in der Lage sein, ganz gezielt die günstigste Tankstelle anzusteuern. Das wird den Druck auf die Anbieter erhöhen. Wir tun aber noch mehr. Wir untersuchen auch den Raffineriebereich. Wir wollen Raffinerie- und Tankstellenpreise abgleichen und herausfinden, wie die ganze Wertschöpfungskette funktioniert.

Wann kann man sich die neue App mit den vom Kartellamt geprüften Spritpreisen auf sein Handy laden?

So bald wie möglich. In Österreich mit seinen 3000 Tankstellen hat das ein Jahr gedauert. Wir haben 14 700 Tankstellen.

Auch beim Lebensmittelhandel haben einige Große das Sagen. Vier Händler teilen sich 85 Prozent des Marktes. Alle wollen billig einkaufen. Haben wir deshalb einen Lebensmittelskandal nach dem nächsten?

Da kommt viel zusammen. Man hat den Verbrauchern beigebracht, möglichst billig zu kaufen, und das tun sie jetzt auch. Wir beobachten und untersuchen den Markt sehr genau, weil wir befürchten, dass der Wettbewerb im Lebensmittelhandel, der jetzt noch da ist, abnimmt.

Den großen Supermarktketten stehen viele kleine Lieferanten gegenüber. Wie erpressbar sind die?

Es gibt in Deutschland rund 6000 Lieferanten – darunter Marken, die jeder Laden führen muss, aber auch viele kleine Hersteller, die schon eher unter der Nachfragemacht des Handels leiden. Im Einzelfall kommt es auf die konkreten Verhandlungssituationen und die Produkte an.

Immer mehr Markenartikler wehren sich dagegen, dass ihre Produkte im Internet verschleudert werden. Dürfen sie das?

Wir führen derzeit verschiedene Verfahren, eines richtet sich gegen den Sportschuhhersteller Asics. Asics verbietet den Verkauf über Internetplattformen wie Ebay und Amazon und die Nutzung von Preissuchmaschinen. Die Rechtslage gibt den Herstellern durchaus Freiheiten im Hinblick auf die Gestaltung ihres Vertriebssystems. Diese dürfen aber nicht als Vorwand genutzt werden, um den Preiswettbewerb auszuschalten.

Muss denn jeder Hersteller jeden Internet-Händler beliefern?

Nein, aber wir können den Herstellern auch nicht völlig freie Hand lassen. Sonst haben Sie am Ende überall dieselben Preise für ein Produkt. Und im Zweifel zu hohe.

Zu hohe Preise haben auch die Berliner Wasserbetriebe verlangt. Im vergangenen Juni haben Sie dem Unternehmen aufgetragen, die Preise zu senken und den Kunden Geld zurückzahlen. Bis heute hat aber kein Mieter einen Euro gesehen. Ärgert Sie das?

Da muss ich ausnahmsweise mal die BWB in Schutz nehmen. Die Kunden bekommen ihr Geld. Der Umweg über den Hausbesitzer zum Mieter scheint einige Verzögerungen mit sich zu bringen.

Die Wasserbetriebe wollen 13,50 Euro pro Person rückerstatten. Reicht das?

Allein dieses Jahr werden über 60 Millionen Euro rückerstattet. Das sind bei rund 3,5 Millionen Einwohnern durchschnittlich circa 17 Euro pro Einwohner, also mehr als die Wasserbetriebe angeben. Zusätzlich wurde auf eine ansonsten geplante Preiserhöhung verzichtet. Das ist nicht wenig. Ob damit unsere Preissenkungsverfügung hundertprozentig umgesetzt wurde, prüfen wir gerade.

Die Wasserbetriebe gehören zu 75 Prozent dem Land Berlin. Dürfen Sie einen öffentlichen Anbieter überhaupt kontrollieren?

Grundsätzlich ist das völlig unstrittig. Natürlich kontrolliert das Kartellamt auch die wirtschaftlichen Tätigkeiten der öffentlichen Hand. Im Fall der Wasserbetriebe wird das Oberlandesgericht Düsseldorf entscheiden. Aber ich bin zuversichtlich, dass das Gericht in unserem Sinn entscheidet. Die Vorfragen sind alle zu unseren Gunsten geklärt worden.

Müllabfuhr, Kliniken – viele Dienstleistungen sind in kommunaler Hand.

Die Kommunen können autonom bestimmen, ob sie kommunale Dienstleistungen selbst erbringen möchten oder ob sie diese Dritten überlassen. Wenn die Kommunen aber wirtschaftlich tätig werden, müssen sie genauso das Kartellrecht beachten wie die anderen Teilnehmer am Wirtschaftsleben auch. Ich sehe den Trend zur Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge kritisch.

Auch in Berlin gibt es Bestrebungen, das Stromnetz zu rekommunalisieren.

Ich sehe darin keinerlei Vorteile. Es gibt für die Netzbetreiber klare Regeln: Der Netzzugang muss gewährt werden, und die Netzentgelte sind festgelegt. Wenn die Netze in kommunaler Hand sind, besteht dagegen ein sehr hohes Missbrauchspotential. Wir haben eine Reihe von Verfahren gegen kommunale Netzbetreiber geführt, bei denen Privatunternehmen mehr zahlen mussten als die eigenen Stadtwerke. Die Kommunen tun immer so, als ob ihre Interessen und die der Bürger identisch sind. Aber das stimmt doch oft nicht. Die Kommune hat eigene finanzielle Interessen, und der Bürger zahlt. Das betrifft übrigens nicht nur die Energie, sondern auch den Bereich der Entsorgung. Wir haben hier Gebührenunterschiede von 500 Prozent!

Kürzlich haben Sie die Übernahme der „Frankfurter Rundschau“ durch die „Frankfurter Allgemeine“ als Sanierungsfusion gebilligt. Viele andere Verlage haben auch Probleme. Wird es für die Zeitungshäuser künftig leichter sein zu kooperieren oder zu fusionieren?

Kooperationen waren auch bisher schon in sehr großem Umfang möglich. Wir haben den Fall FAZ/FR nach den für alle Unternehmen und Branchen gleich geltenden Grundsätzen der Sanierungsfusion behandelt. Ein Signal für eine erleichterte Fusionskontrolle für Zeitungshäuser liegt darin nicht. Es gibt auf der anderen Seite ein neues Urteil des Bundesgerichtshofs, das Zusammenschlüsse benachbarter Zeitungsverlage erleichtern kann. Außerdem beziehen wir die rasante Entwicklung im Internet in die Prüfung ein. Das kann die wettbewerbliche Beurteilung verändern. Zudem sind im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen Erleichterungen für Pressefusionen geplant.

Ist das Kartellamt die richtige Adresse, um über die Presselandschaft zu entscheiden?

Die Pressefusionskontrolle dient auch dem Schutz der Meinungsvielfalt. Natürlich müssen wir auf neue Entwicklungen reagieren und die neuen Medien in unsere Bewertungen einbeziehen. Aber genau das tun wir ja auch in der Praxis. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist hier hinreichend flexibel. Zusätzliche Erleichterungen für Pressefusionen lehnen wir deshalb ab. Wettbewerb ist das geeignete Mittel, um die Vielfalt zu erhalten.

— Das Interview führten Heike Jahberg und Kurt Sagatz.

Mundt über die Mineralölfirmen: *„Wir haben keine Hinweise auf illegale Absprachen.“* *Foto: Kai-Uwe Heinrich*

ZUR PERSON

DER CHEF
Andreas Mundt (52) war Referent im Bundeswirtschaftsministerium, arbeitete dann für die FDP-Bundestagsfraktion, bis er 2000 zum Bundeskartellamt kam. Seit 2009 ist der Jurist Präsident der Behörde. Mundt ist gebürtiger Bonner, hat drei Kinder und ist Fan des Zweitligisten FC Köln.

DAS AMT
Das Bundeskartellamt wurde 1999 vom Platz der Luftbrücke in Berlin nach Bonn verlegt. Es soll den Wettbewerb schützen, Kartelle aufdecken, Marktmissbrauch verhindern und Fusionen prüfen. Nun soll es auch noch Spritpreise sammeln.

Was **Mundt** gegen die **Krankenkassen** und die **öffentlich-rechtlichen Sender** hat, lesen Sie in der Langfassung unter **www.tagesspiegel.de/wirtschaft**